

Politische Bildung in der (Post-)Migrationsgesellschaft

Ein Überblick

**Vielfalt
gestalten**

Fachforen Politische Bildung
und Demokratieförderung

Transferstelle
politische
Bildung



Einleitung

In der Fachdebatte zur politischen Bildung hat sich in den letzten Jahren der Begriff „Politische Bildung in der (Post-)Migrationsgesellschaft“ etabliert. Er verweist darauf, dass sich politische Bildung in Deutschland mit der gesellschaftlichen Realität auseinandersetzen muss, dass dieses Land nicht nur ein Einwanderungsland ist, sondern eine Gesellschaft, die dauerhaft durch Migration geprägt wurde und wird. Migration ist kein Ausnahmezustand, sondern konstitutiver Bestandteil gesellschaftlicher Entwicklung. Diese Einsicht ist inzwischen weitgehend anerkannt. Innerhalb der Fachdebatte zur politischen Bildung wird seit einigen Jahren diskutiert, was dies für die nonformale politische Bildung bedeutet.

Das vorliegende Papier verfolgt das Ziel, einen Überblick über den aktuellen Diskussionsstand zu geben. Es soll dazu beitragen, Interessierte an das Thema heranzuführen und ggf. Impulse für Praxis, Forschung und Theorie zu geben.

Grundlage für diesen Überblick ist, neben einer systematischen Analyse einschlägiger Literatur, ein Fachforum, das im November 2023 von der Transferstelle politische Bildung durchgeführt wurde. Dort diskutierten Expert*innen aus Wissenschaft und Praxis zum Thema. Ihre Beiträge wurden für diesen Text genutzt, um zentrale Aspekte der Debatte zu identifizieren und einzuordnen sowie ggf. zusätzliche, wissenschaftlich gestützte oder erfahrungsgebundene Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Ziel des Papiers ist es, sowohl die Kernpunkte als auch die Bandbreite der Debatten herauszustellen. Es erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit, möchte aber Anregungen bieten, um sich weiter mit dem Thema zu beschäftigen.

Am Ende des Textes findet sich die zitierte Literatur. Eine erweiterte Literaturliste zum Thema kann gesondert heruntergeladen werden:

<https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/vielfalt-gestalten>

Das Papier behandelt folgende Fragen:

1. Was ist mit dem Begriff „(Post-)Migrationsgesellschaft“ gemeint?
2. Was bewegt politische Bildung in der (Post-)Migrationsgesellschaft?
3. Welche Qualitätsmerkmale hat politische Bildung in der (Post-)Migrationsgesellschaft?
4. Wie ist politische Bildung in der (Post-)Migrationsgesellschaft organisiert?
5. Zusammenfassend: Eine plurale Demokratie braucht eine plurale politische Bildung.

1. Was ist mit dem Begriff „(Post-)Migrationsgesellschaft“ gemeint?

Der Begriff der (Post-)Migrationsgesellschaft ist nicht nur analytisch schärfer, sondern auch politisch ambitionierter als der der Migrationsgesellschaft. Letzterer wird oft mit der Idee verbunden, dass Zugewanderte sich an eine angeblich einheitliche Mehrheitsgesellschaft anpassen müssen. Die postmigrantische Perspektive dagegen betont, dass Vielfalt in der Gesellschaft die Normalität darstellt. Es geht darum, nicht mehr zwischen den Deutschen und den anderen zu unterscheiden, sondern eine gemeinsame Gegenwart zu gestalten, in der vielfältige Zugehörigkeiten selbstverständlich sind.

„Politische, kulturelle und soziale Veränderungen einer Gesellschaft werden nicht mehr isoliert von Migrationsbewegungen betrachtet, sondern vielmehr als durch Migration (mit)bedingt verstanden. Die Vorsilbe post deutet darauf hin, dass gesellschaftliche Aushandlungsprozesse innerhalb einer postmigrantischen Gesellschaft nicht während, sondern nach der Migration erfolgen. Die heterogene Zusammensetzung der Gesellschaft wird politisch anerkannt, sodass ihre Strukturen und Institutionen im Nachhinein also (postmigrantisch) an die Migrationsrealität angepasst werden.“ (IDA o.J.)

Die Sozialwissenschaftlerin Naika Foroutan hebt dabei hervor, dass postmigrantisches Denken nicht die Abwesenheit von Migration meint, sondern die politische Notwendigkeit, die aus ihr resultierenden gesellschaftlichen Spannungen, Aushandlungsprozesse und Widersprüche anzuerkennen und produktiv zu bearbeiten (Foroutan 2019: 19). Ähnlich argumentiert Aladin El-Mafaalani (2018), wenn er darauf hinweist, dass gelungene Integration nicht die Abwesenheit von Konflikten, sondern die Zunahme von Diversität und Kontroversen sowie auch Abwehrreaktionen bedeutet, da die Nachkommen von Migrant*innen ihre eigenen Perspektiven ganz selbstverständlich in den öffentlichen Diskurs einbringen.

Das Vorhandensein und erst recht die gesellschaftliche und politische Partizipation migrantischer Bevölkerung (Bevölkerung mit Migrationsgeschichte) birgt damit das Potenzial, die Gesellschaft zu verändern – zu transformieren. Die Frage ist, ob dieses Transformationspotenzial eingehegt oder freigesetzt wird.

„In postmigrantischen Gesellschaften sind Fragen um Zugehörigkeit, nationale und kollektive Identitäten, aber auch Partizipation und Chancengleichheit hochaktuell und werden von den Nachfahren migrierter Menschen in der zweiten und dritten Generation im zunehmenden Maße eingefordert und erkämpft. [...] Mit einhergehend werden Migrant:innen und ihren Nachfolgegenerationen dieselben Teilhabemöglichkeiten versprochen, die allerdings auch zu wettbewerbsähnlichen Aushandlungen von Zugehörigkeit und Chancengleichheit und nicht zuletzt zu Konflikten führen. So zeigt sich in nahezu allen Staaten Europas der Kernkonflikt postmigrantischer Gesellschaften, nämlich der Konflikt zwischen der Befürwortung und Ablehnung einer pluralen und heterogenen Gesellschaft, die im Zuge von Migrationsbewegungen entstanden ist.“ (IDA o.J.)

Kontroversen um den Begriff der (Post-)Migrationsgesellschaft

Während der Begriff der (Post-)Migrationsgesellschaft in wissenschaftlichen und bildungspolitischen Diskussionen zunehmend Aufmerksamkeit erhält, sind zugleich deutliche Spannungen bei seiner Verwendung erkennbar. Während einige Positionen seinen emanzipatorischen Gehalt hervorheben, verweisen andere auf konzeptionelle Unschärfen und potenzielle Problematiken im gesellschaftspolitischen und pädagogischen Gebrauch. Auch im Rahmen des Fachforums zur politischen Bildung in der (Post-)Migrationsgesellschaft wurde diese Ambivalenz ausführlich diskutiert.

Ein häufig genannter Kritikpunkt betrifft die begriffliche Offenheit und analytische Uneinheitlichkeit: Je nach theoretischem Verständnis von „Postmigration“ ergeben sich unterschiedliche Perspektiven auf gesellschaftliche Realität – und damit auch auf pädagogische Praxis. Zwei zentrale Probleme wurden im Expert*innengespräch besonders hervorgehoben: Erstens wiesen einige Teilnehmende darauf hin, dass der Begriff „postmigrantisch“ – auch wenn er eigentlich kritisch gemeint ist – trotzdem Unterschiede zwischen Gruppen betonen kann. So bleibt in der Rede vom Postmigrantischen oft die Vorstellung bestehen, dass es eine Art Normgesellschaft gebe, von der sich Andere unterscheiden. Migration erscheint dabei nicht als gesellschaftlicher Normalfall, sondern als Abweichung von einem vermeintlich homogenen Ursprung. In diesem Sinne könne der Begriff – so eine Position – unbeabsichtigt zur Reproduktion von Othering (zum Begriff „Othering“ vgl. König 2022) beitragen. Migration würde weiterhin als etwas Besonderes oder Herausstechendes gesehen, obwohl sie – historisch betrachtet – schon immer ein normaler, grundlegender Teil gesellschaftlicher Entwicklung war (vgl. Messerschmidt 2009).

Zweitens wurde kritisch angemerkt, dass der starke Fokus auf Unterschiede, die mit Migration zu tun haben, den Blick auf andere Ungleichheiten einschränken kann – zum Beispiel solche, die mit sozialer Herkunft, ökonomischer Lage oder Bildung zu tun haben. Deshalb sprachen sich einige Teilnehmende für eine breitere Sichtweise aus: Statt nur migrationsbezogene Kategorien zu verwenden, sollte eher der Begriff „Vielfalt“ im Mittelpunkt stehen. Dies könne dazu beitragen, einseitige, defizitorientierte Zuschreibungen zu vermeiden und, im Sinne von Intersektionalität, auch andere Diskriminierungsformen wie Klassismus, Sexismus oder Ableismus mit in den Blick zu nehmen (zum Begriff „Intersektionalität“ vgl. Niang 2022).

Relevanz der Debatten für politische Bildung

Diese unterschiedlichen Zugänge werfen die Frage auf, welche Rolle der Begriff der (Post-)Migrationsgesellschaft in der politischen Bildung überhaupt spielen kann oder soll. Im Fachforum wurden dabei zwei Aspekte besonders diskutiert: Zum einen wurde die Befürchtung geäußert, dass der Begriff in pädagogischen Kontexten zur Engführung von Zielgruppen beitragen kann. Politische Bildung, die sich vorrangig an Personen mit tatsächlicher oder zugeschriebener Migrationsgeschichte richtet, läuft Gefahr, andere gesellschaftlich marginalisierte Gruppen auszublenken – etwa solche, die durch Armut, Bildungsexklusion oder soziale Randständigkeit benachteiligt sind, ohne dass ein Migrationsbezug vorliegt.

Zum anderen wurde grundsätzlich hinterfragt, ob politische Bildung auf den Begriff der (Post-)Migrationsgesellschaft überhaupt angewiesen ist. Vertreter*innen dieses Ansatzes – etwa Jantschek (2019) – verweisen darauf, dass politische Bildung idealerweise allen Menschen Räume zur Auseinandersetzung mit Demokratie, Teilhabe und Gerechtigkeit eröffnet. Dabei sollten

Fragen nach Machtverhältnissen und Mitgestaltungsmöglichkeiten stets an den konkreten Lebenslagen und Perspektiven der jeweiligen Gruppen orientiert sein – unabhängig davon, ob Migration darin eine Rolle spielt oder nicht.

In dieser identitätspolitischen Hinsicht plädierten die Expert*innen für eine Offenheit der Räume für alle und positionierten sich gegen eine defizitorientierte Zielgruppenorientierung, die jedoch nicht die Adressierung bestimmter (betroffener) Gruppen ablehnt (zur Kritik an der Zielgruppenorientierung vgl. Transfer für Bildung 2016).

Verknüpfung mit rassismuskritischer Bildungsarbeit

In der Diskussion um den Begriff der (Post-)Migrationsgesellschaft zeigt sich eine enge Verbindung zu rassismuskritischen Theorien, insbesondere solchen, die strukturelle und intersektionale Perspektiven betonen. Einigkeit bestand im Fachforum darüber, dass politische Bildung nicht bei individuellen Einstellungen stehenbleiben kann, sondern Rassismus als gesellschaftlich wirksame Struktur in den Blick nehmen sollte. Daraus ergibt sich die Einsicht, dass Rassismus nicht einfach (nur) individuell „verlernt“ oder durch moralisches Verhalten überwunden werden kann – vielmehr ist er als politisches und institutionelles Machtverhältnis zu begreifen, was wiederum zentrale Themen politischer Bildung sind.

Zudem wurde betont, dass Rassismus nicht isoliert verstanden werden sollte, sondern intersektional, d.h. stets im Zusammenspiel mit weiteren Diskriminierungsformen, zu analysieren ist – etwa im Hinblick auf Geschlecht, Klasse oder Religion. In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage aufgeworfen, inwieweit rassismustheoretische Konzepte, die ihren Ursprung im US-amerikanischen Kontext haben, auf die deutsche Gesellschaft übertragbar sind. Während man einerseits universelle Strukturen von Rassismus hervorheben kann, kann zugleich für eine stärkere Berücksichtigung lokaler Besonderheiten plädiert werden – etwa im Blick auf postsozialistische Prägungen in Ostdeutschland oder migrationsbezogene Narrative im Kontext osteuropäischer Herkunft (vgl. Terkessidis 2018). Diese Perspektiven eröffnen neue Zugänge zum Verständnis der (Post-)Migrationsgesellschaft und ermöglichen differenzierte bildungspolitische Auseinandersetzungen.

Verknüpfung mit historisch-politischer Bildung

Auch im Kontext historisch-politischer Bildung ist die Beziehung zwischen politischer Bildung und (Post-)Migrationsgesellschaft ein Thema. Durch die Auseinandersetzung mit den historischen Dimensionen von Nationalsozialismus, Kolonialismus, Migration und Flucht kann ein Bewusstsein für die Gegenwart autoritärer Ideologien entstehen. Die Einbindung aktueller Ereignisse – etwa die Auseinandersetzung mit dem NSU-Komplex – ermöglicht es, historische Lernprozesse mit gegenwartsbezogener Rassismuskritik zu verknüpfen, ohne geschichtliche Ereignisse gleichzusetzen (vgl. Lötscher/Schneider 2013 und Hafenegger 2019).

2. Was bewegt politische Bildung in der (Post-)Migrationsgesellschaft?

In der Fachdebatte zur nonformalen politischen Bildung in der (Post-)Migrationsgesellschaft wird betont, dass politische Bildung von der grundsätzlichen Anerkennung gesellschaftlicher Vielfalt geprägt ist. Dies gilt zunächst unabhängig von Perspektiven, die diese Vielfalt diversifizieren, z.B. indem sie Zielgruppen identifizieren. Bereits das Kontroversitätsgebot des Beutelsbacher Konsenses (vgl. Eis 2016) steht für eine Vielfalt an Perspektiven, Meinungen und Positionen, die prinzipiell alle Gegenstand politischer Bildung sind oder sein sollten.

(Post-)migrantische politische Bildung fragt dann danach, welche Themen und Positionen aus migrantischer Perspektive relevant sind, welche im öffentlichen Diskurs nicht gehört werden und warum nicht, und bietet Gelegenheiten zur Sichtbarmachung und Bearbeitung. In diesem Sinn muss politische Bildung Settings bieten, in denen unterschiedliche Erfahrungen artikuliert werden können – ohne Repression und ohne die Relativierung diskriminierender Erfahrungen (vgl. Frech et al. 2023). (Post-)migrantische politische Bildung versteht sich damit als Praxis der Anerkennung, Sichtbarmachung und Repräsentation von Menschen, denen durch Sprache, Namen, Herkunft oder Religion eine migrantische Zugehörigkeit zugeschrieben wird und die damit von struktureller Diskriminierung betroffen sind – auch in Bezug auf die öffentliche Thematisierung ihrer Perspektiven und Anliegen.

In diesem Zusammenhang wird Empowerment als Strategie verstanden, die mit politischer Bildung verknüpft sein kann. Empowerment setzt dort an, wo politische Bildung auf Erfahrungen von Ohnmacht, Ausschluss und Entfremdung trifft, bietet dialogische Räume, in denen Anerkennung und Selbstwirksamkeit erfahrbar werden, und zielt auf die Stärkung individueller und kollektiver Handlungsfähigkeit (vgl. Chehata et al. 2023). Politische Bildung kann ein wichtiges Element von Empowerment sein: „Empowerment findet zunächst durch den Erwerb von Orientierungswissen und Kompetenzen sowie durch die Stärkung des Selbstwertgefühls und der Handlungsmotivation auf individueller Ebene statt“ (Bundesausschuss Politische Bildung/bap 2019: 4).[^] (Vgl. dazu das Papier „Empowerment“ <https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/vielfalt-gestalten>).

Es ist daher ein zentrales Anliegen postmigrantischer politischer Bildung, die Anerkennung von Vielfalt und die kritische Befragung gesellschaftlicher Machtverhältnisse auch auf die eigene Praxis anzuwenden und die kritische Frage zu stellen, aus welcher Perspektive von wem und für oder mit wem, politische Bildungsangebote gemacht werden (siehe auch Abschnitt unten).

Spannungsfeld zwischen Partikularismus und Universalismus

Das bisher Gesagte verweist auch auf die Bedeutung von Identitätsfragen für politische Bildung in der (Post-)Migrationsgesellschaft als ein zentrales Spannungsfeld. Dabei spiegeln sich typische Argumentationsstränge wider, die auch bei Diskussionen um Begriff und Konzept von Identitätspolitik vorgebracht werden (vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung 2025). Während man darunter einerseits versteht, „dass Menschen sich als Gruppe erkennen und sich für die eigene Anerkennung einsetzen“ (Biesler 2023, o.S.), weisen andere darauf hin, dass sie dort destruktiv wird, „wo sie ihrerseits Menschen vorschnell in vorgefertigte Gruppenidentitätsschubladen einsortiert und, entgegen der eigenen Prämissen, Mikro-Unterschiede ignoriert“ (Scheller 2022 o.S.).

Im Fachforum wurden diese Fragen konkret diskutiert: Soll politische Bildung möglichst offen konzipiert sein – ohne identitätspolitische Zuschreibungen? Oder liegt ein Potenzial gerade in der Schaffung eigener, kollektiver Erfahrungsräume für spezifisch betroffene Gruppen – etwa durch Schutzräume, Selbstorganisation oder community-basierte Formate? Politische Bildung steht einerseits für allgemeine Zugänglichkeit, andererseits gilt es, Erfahrungen von Exklusion ernst zu nehmen und spezifische Resonanzräume zu ermöglichen.

Daraus folgen weitere Überlegungen im Hinblick auf Intentionen und Ziele politischer Bildung:

- Wie lässt sich Vielfalt (und damit Partikularinteressen) berücksichtigen, ohne gesamtgesellschaftliche Perspektiven aus dem Blick zu verlieren?
- In welchem Verhältnis stehen Schutzräume für bestimmte Gruppen und die gleichzeitige Dekonstruktion der zugrundeliegenden Zielgruppenzuschreibungen?
- Führt die Berücksichtigung identitätspolitischer Interessen zu einem neuen Wir/Sie-Denken – oder eröffnet es solidarische Allianzen?

Diese Fragen verdeutlichen die Suche nach einer vermittelnden Perspektive, einem Zugang, der nicht zwischen partikularistischen und universalistischen Ansätzen wählt, sondern deren Verhältnis zueinander produktiv gestaltet. Die im Fachforum vertretenen Positionen plädierten für eine Balance zwischen Universalismus und Partikularismus – eine Position, die Differenz anerkennt, ohne sie zu verabsolutieren. Aus dieser Perspektive wird politische Bildungsarbeit als grundsätzlich offen für alle verstanden, und gleichzeitig nicht ausgeschlossen, Bildungssettings speziell für und mit identitätsbezogenen Zielgruppen zu schaffen bzw. ggf. Schutzräume zu bieten.

Die offene Frage, wie eine solche Balance konkret in der Bildungspraxis aussehen kann, lädt zu weiterer gemeinsamer Reflexion und Forschung ein – insbesondere unter Einbezug jener Akteur*innen, die als migrantisch gelesen werden. In jedem Fall lässt sich politischer Bildung in der (Post-)Migrationsgesellschaft ein emanzipatorisches Potenzial zuschreiben: als eine Praxis, die gesellschaftliche Ungleichheiten nicht nur thematisiert, sondern auch bearbeitbar macht.

Herausforderungen: Politische Bildung im Spannungsfeld von Rechtspopulismus und antipluralistischen Tendenzen

Im Fachforum wurde thematisiert, dass sich politische Bildung in der (Post-)Migrationsgesellschaft mit wachsenden antipluralistischen und rechtspopulistischen Strömungen konfrontiert sieht. Diese stellen zentrale demokratische Werte infrage – darunter Menschenrechte, Gleichwertigkeit und Pluralismus – und inszenieren Migration häufig als Bedrohung. Ein zentrales ideologisches Element populistischer Bewegungen ist daher der Antipluralismus. Identität wird in diesem Kontext ethnisiert und Zugehörigkeit exklusiv verstanden. Populismus kann als Reaktion auf wahrgenommene Kontrollverluste der Mehrheitsgesellschaft interpretiert werden – ökonomisch und kulturell sowie symbolisch (vgl. Reinemann et al. 2017). Aus dieser Perspektive wird behauptet, das „wahre Volk“ oder eine einzig wahre Religion zu vertreten – abweichende Meinungen gelten nicht als legitime Alternativen, sondern als Unterdrückung der eigenen Position.

Antipluralistische Haltungen finden sich dabei nicht nur in parteipolitischen Kontexten, sondern auch in Alltagsdiskursen, sozialen Medien und Bildungseinrichtungen. Autoritäre und antipluralistische Deutungsmuster sowie eine Normalisierung demokratiegefährdender Einstellungen sind in der Mitte der Gesellschaft zu beobachten (vgl. Zick et al. 2023) und gewinnen an Bedeutung – und mit ihnen auch der Druck auf politische Bildung. Politische Bildner*innen und Lehrkräfte berichten von Verunsicherungen, etwa wenn rechte Aussagen im Bildungssetting als legitime Meinungen erscheinen oder rassistische Bemerkungen fälschlich als Ausdruck kritischen Denkens interpretiert werden. Politische Bildung, zumal (post-)migrantische politische Bildung, wird zunehmend zum Gegenstand von Angriffen und Entwertungsversuchen, vor allem mit Rekurs auf ein vermeintliches Neutralitätsgebot. Es sei daher umso wichtiger, immer wieder zu betonen, dass politische Bildung eine Praxis sei, die sich für demokratische Vielfalt, Inklusion und Menschenrechte einsetzt und damit klare Grenzen gegenüber menschenfeindlichen Haltungen zieht (vgl. Fereidooni/Höbl 2021).

3. Welche Qualitätsmerkmale hat politische Bildung in der (Post-)Migrations-gesellschaft?

Im Fachforum wurden verschiedene Qualitätsmerkmale für politische Bildungspraxis in der (Post-)Migrationsgesellschaft thematisiert.

So wird hervorgehoben, dass Sprache und kommunikative Strukturen eine zentrale Rolle in politischen Bildungsprozessen spielen. Die Fragen, wer spricht, wessen Sprache als legitim anerkannt wird und welche Perspektiven nicht gehört werden, sind entscheidend für die Gestaltung politischer Bildung in einer pluralen Gesellschaft. Politische Bildung muss sich kritisch mit diesen Aspekten auseinandersetzen, um marginalisierte Perspektiven nicht nur zu integrieren, sondern sie wirklich zuzulassen, auch wenn dies nicht den hegemonialen Mustern entspricht (vgl. Girnus 2024 und Harion et al. 2023). Bildungsträger müssen eine bewusste Auseinandersetzung mit Sprachmacht fördern.

Dies schließt ein, dass politische Bildung mehrsprachige Materialien sowie visuelle Zugänge bereitstellt und die eigenen Sprachpraktiken reflektiert. Die Berücksichtigung einer Vielzahl von Sprachen und Dialekten kann helfen, sprachliche Vielfalt nicht als Problem, sondern als Potenzial für Lernprozesse zu begreifen, was für eine inklusive politische Bildung unerlässlich ist (vgl. Schenk et al. 2022). Wenn Inhalte in relevanter und nachvollziehbarer Sprache aufbereitet werden, wird ein Umfeld geschaffen, in dem sich jede/r Teilnehmende repräsentiert und anerkannt fühlen kann (vgl. Menke/Reikmann 2017).

Ein weiterer Aspekt, der nicht vernachlässigt werden sollte, ist die Reflexion über die eigenen Positionen in der Bildungsarbeit. Fachkräfte müssen sich über ihre Rolle als Vermittler*innen und die damit verbundenen Machtstrukturen bewusst sein. Eine machtkritische politische Bildung erfordert, dass diese Strukturen aufgezeigt und gemeinsam hinterfragt werden, sowohl durch Inhalte als auch in den praktischen Ansätzen der Bildungsarbeit (vgl. Achour/Wagner 2020).

Die Arbeit mit marginalisierten Gruppen sollte ständig evaluiert und weiterentwickelt werden, um sicherzustellen, dass ihre Stimmen und Perspektiven nicht nur als Alibi dienen, sondern als grundlegende Bestandteile wahrgenommen werden (vgl. Huke 2019). Politische Bildung in der

(Post-)Migrationsgesellschaft erfordert dynamische und reflexive Konzepte für eine Bildungspraxis, die migrantische Perspektiven stärker berücksichtigen kann. Dafür muss politische Bildung marginalisierte Gruppen und Teilnehmende aktiv in die Gestaltung von Bildungsgelegenheiten und Settings einbeziehen, anstatt diese an potenzielle Zielgruppen heranzutragen. Konsequenterweise partizipative und emanzipatorische Formate helfen, paternalistische oder fremdbestimmende Perspektiven zu vermeiden, und fördern das Verständnis demokratischer Prozesse sowie Erfahrungen von Identität und Teilhabe. Aufsuchende, aktivierende bzw. empowernde Konzepte bieten die Gelegenheit, selbstgewählte Themen und spezifische Positionen zu bearbeiten. Dabei ist davon auszugehen, dass das Interesse marginalisierter Gruppen und Personen an politischer Bildung stark vom Wunsch nach Ermächtigung und politischer Teilhabe geprägt ist und es daher zu Überschneidungen mit Empowerment-Aktivitäten und Aktivismus kommen kann. Während aus der Sicht einer theoretisch fundierten Bestimmung von politischer Bildung die Grenzen zu diesen Bereichen hervorgehoben werden, sieht dies mit Blick auf individuelle Bildungsprozesse, vor allem vor dem Hintergrund von Migrations-, Diskriminierungs- oder Rassismuserfahrungen, anders aus: Hier können sich gesellschaftspolitisches, religiöses und karitatives Engagement und politische Bildungsprozesse verbinden. Das Handbuch zur aufsuchenden politischen Bildung hebt hervor, wie politische Bildung als gleichberechtigte Teilhabe und aktive Mitgestaltung der Gesellschaft betrachtet werden kann (vgl. Gill et al. 2025).

Zusammengefasst konnte man sich auf folgende Qualitätskriterien einigen:

- Politische Bildung in der (Post-)Migrationsgesellschaft ist zugänglich für alle, ohne Zielgruppen auf defizitäre Weise zu kategorisieren.
- Politische Bildung in der (Post-)Migrationsgesellschaft stellt Anliegen und Themen der (migrantischen) Teilnehmenden ins Zentrum – ohne den Anspruch, jede Perspektive müsse jederzeit gleichermaßen vertreten sein.
- Politische Bildung in der (Post-)Migrationsgesellschaft schafft und nutzt Bildungsgelegenheiten, die den Interessen migrantischer Personen und Zielgruppen entsprechen. Sie bezieht marginalisierte Gruppen und Teilnehmende aktiv in die Gestaltung von Bildungsgelegenheiten und Settings ein. Sie reflektiert dafür die Dynamik von Bildungsprozessen und berücksichtigt neben politischen auch die Relevanz weiterer Erfahrungs-, Wissens- und Handlungsdimensionen.
- Historisch-politische Bildung in der (Post-)Migrationsgesellschaft reflektiert nicht nur die klassische deutsche Erinnerungskultur, sondern auch die historischen Dimensionen von Kolonialismus, Migration und Flucht.
- Politische Bildung in der (Post-)Migrationsgesellschaft eröffnet Räume für kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Ordnungen – auch in Form von Irritation, Reflexion und Konflikt.
- Politische Bildung in der (Post-)Migrationsgesellschaft verhindert, dass sie selbst Machtverhältnisse, z.B. in Form von Sprache, Zuschreibungen, gesetzten Themen, selektiven Zugängen etc., reproduziert.

4. Wie ist politische Bildung in der (Post-)Migrationsgesellschaft organisiert?

Die Frage, was unter politischer Bildung in der (Post-)Migrationsgesellschaft zu verstehen ist, betrifft nicht nur Konzepte, Inhalte und gesellschaftliche Bezüge, sondern auch strukturelle Aspekte. Denn politische Bildung als Träger- und Praxisfeld wirkt selbst daran mit, migrantische Perspektiven zu fördern oder zu verhindern (siehe Füllekruss/Mecheril 2021, S. 229). So spiegeln sich in der Organisation und den Strukturen des Praxisfeldes sowie der Fachdiskurse genau jene Ungleichheiten wider, gegen die sich politische Bildung in diesem Kontext eigentlich richtet: Migrantische Perspektiven sind unterrepräsentiert.

Vor diesem Hintergrund betonten die am Fachforum beteiligten Expert*innen die Notwendigkeit, die Repräsentation postmigrantischer und muslimischer Perspektiven innerhalb der etablierten politischen Bildung in mehrfacher Hinsicht zu stärken:

- **Als Organisationen:** Träger, die migrantische Perspektiven in die politische Bildung einbringen (z.B. etwa Migrant*innen-Selbstorganisationen (MSO), Träger aus der Antirassismus-Arbeit, Träger mit muslimischem Selbstverständnis u.a.), sollten besser infrastrukturell unterstützt werden, um nachhaltig arbeiten und gleichrangig mit sogenannten etablierten Trägern agieren zu können. Hierzu hat das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ einen Teil beigetragen, wobei der Bezug zur politischen Bildung nicht notwendig hergestellt wurde bzw. Träger in ihrem Selbstverständnis auf bestimmte Ziele oder Funktionen eingeengt wurden (z.B. Prävention, siehe dazu Kritik unten). Hinzu kommt, dass bei Förderprogrammen häufig projektbasierte und zeitlich begrenzte Formate dominieren, die oft nicht ausreichend strukturell in der Regulararbeit integriert sind. Die Abhängigkeit von spezifischen und kurzfristigen Förderlogiken führt dazu, dass langfristige Prozesse der Beziehungsgestaltung, des Austauschs und der Qualitätsentwicklung vernachlässigt werden, was die Relevanz der politischen Bildung beeinträchtigt.

Allianzen, Netzwerke und Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren helfen dabei, migrantische Perspektiven einzubringen oder diesen im Sinne von Allyship (Solidarität mit und Unterstützung von weniger privilegierten oder unterrepräsentierte Personen oder Gruppen durch privilegierte, vgl. IDA o.J.) und Powersharing (Macht oder Einfluss teilen, zum Begriff vgl. König 2022) mehr Geltung zu verschaffen. Interdisziplinäre Zusammenarbeit ermöglicht es, sich den Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels gemeinsam zu stellen. So unterstützt beispielsweise das Kooperationsprojekt „Neue Bündnisse, neue Wege“ der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Bildung (et) in Kooperation mit der Muslimischen Akademie Heidelberg – Teilseid e.V. (2023-2025) Träger politischer Jugendbildung mit muslimischem Selbstverständnis beim Aufbau hauptamtlicher Strukturen und bei der Entwicklung eines zeitgemäßen Angebots außerschulischer politischer Jugendbildung. <https://www.politische-jugendbildung-et.de/projekt/neue-buendnisse-neue-wege/>

- **In Organisationen:** Sogenannte etablierte Organisationen (Einrichtungen, Verbände) sollten sich stärker für migrantische Perspektiven in ihrer Bildungs- und Repräsentationsarbeit öffnen. Dies bedeutet nicht nur die Berücksichtigung neuer Themen in Angeboten und Programmen, sondern erfordert auch eine kritische Reflexion der institutionellen Normen und Routinen. Strategien wie das „Diversity Management“ (vgl. Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2015) oder „Diversity Mainstreaming“ (vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Würt-

temberg 2025) bieten praxisnahe Werkzeuge zur Analyse und Veränderung von Ausschlüssen in Bildungskontexten und fördern die Repräsentation und Teilhabe marginalisierter Gruppen (vgl. Füllekruss/Mecheril 2021). U.a. sollte Diversität bei der Wahl von Funktionsträgern und bei der Einstellung und Qualifizierung von Personal beachtet werden.

Dazu gab es in den letzten Jahren mehrere Initiativen und Modellprojekte:

- das Projekt des Arbeitskreises deutscher Bildungstätigen (AdB) e.V.: „Polyphon! Diversität in der politischen Bildung stärken“ (2019–2022), das die Diversifizierung des Verbandes in Bezug auf migrantische und nicht weiße Organisationen und Akteurinnen sowie die Stärkung einer heterogenen Bildungslandschaft zum Ziel hatte, <https://www.adb.de/politische-bildung/polyphon-2019-2022>;
- das Projekt der Europäischen Jugendbildungsstätte Weimar (EJBW): „Menschenrechtsbildung. Berufseinstieg in die politische Bildung und Jugendarbeit, 2020 – 2024, <https://ejbweimar.de/de/mfj/qualifizierungsprogramm/informationen>;
- das Projekt des Bundesausschusses politische Bildung (bap): „Empowered by Democracy“, 2017 – 2019, das den Austausch von Fachkräften zur Entwicklung einer diversitätsbewussten Praxis und neue Partnerschaften im Feld der politischen Jugendbildung förderte und geflüchtete Jugendliche befähigte, Teamer*innen zu werden und selbst gewählte Formate und Projekte der politischen Bildung für andere Jugendliche anzubieten <https://www.bap-politischebildung.de/archiv/ebd/index.html>.

Struktureller Wandel und Konzeptentwicklung benötigt allerdings langfristige Förderlinien, die über Modellprojekte hinausgehen.

- **In Fortbildungen der Fachkräfte:** Die Umsetzung adäquater Konzepte hängt entscheidend von der Bereitschaft der Fachkräfte ab, neue (konzeptionelle, didaktische, methodische) Wege zu gehen, Perspektiven zu wechseln und Machtverhältnisse zu hinterfragen. Wichtig ist daher eine kontinuierliche Weiterbildung von Fachkräften und Ehrenamtlichen. Dabei geht es um postmigrantische Perspektiven, Antirassismus und intersektionale Zugänge, rassismuskritische und diversitätssensible Bildungskonzepte und darum, ein umfassendes Verständnis für die Herausforderungen zu entwickeln, mit denen diverse Lernende konfrontiert sind (vgl. Achour/Wagner 2020 und Fereidooni/Höfl 2021).
- **Im Diskurs:** Der Fachdiskurs zur (nonformalen) politischen Bildung wird bislang weitgehend von Akteuren der etablierten politischen Bildung geprägt. Mehr Vielfalt in der öffentlichen und fachlichen Debatte ist daher dringend nötig. Dazu zählt auch die konstruktive Auseinandersetzung mit den Grenzen oder alternativen Definitionen politischer Bildung bzw. mit Schnittstellen zu anderen Bildungskonzepten (v.a. spezialisierten Konzepten, wie der Anti-Diskriminierungsarbeit, Antirassismuserbeit, Prävention und Empowerment), bisher unberücksichtigten Bildungssettings (z.B. hybride Settings, in denen politische Bildung nur einen Teil der Praxis ausmacht) sowie Feldern politischen und gesellschaftlichen Engagements.
- **In Förderlogiken:** Es gibt grundsätzliche Bedenken gegenüber der aktuellen Förderlogik, die vielfach interventions- und präventionsorientiert ausgestaltet ist und damit häufig im Widerspruch zu den Prinzipien und Qualitätsstandards politischer Bildung steht. In der Folge sehen sich auch rassismuskritische Träger mit der Herausforderung konfrontiert, ein de-

fizitorientiertes Narrativ zu reproduzieren – d.h. jenes, das Migration primär als Problem konstruiert.

- **In Evaluation und Qualitätssicherung:** Um die Qualität postmigrantischer politischer Bildungsarbeit zu gewährleisten, sind umfassende Evaluationsprozesse notwendig. Diese sollten qualitative Feedback-Mechanismen mit den Teilnehmenden sowie wissenschaftlich begleitete Evaluationen umfassen. Die Einschätzung der betroffenen Perspektiven ist von zentraler Bedeutung, um die Bedürfnisse der Lernenden zu verstehen und in die Weiterentwicklung der Angebote einfließen zu lassen.

Zusammenfassend: Eine plurale Demokratie braucht eine plurale politische Bildung

Ein zukunftsfähiges Verständnis politischer Bildung begreift Migration (und Vielfalt) nicht als Ausnahme und Bedrohung, sondern als konstitutives Element demokratischer Gesellschaften und als strukturellen Ausgangspunkt politischer Bildungsarbeit. Es erkennt Unterschiede an, ohne sie als festgelegt oder unveränderlich darzustellen. Und es sucht nach Formen der Auseinandersetzung, die nicht nur Wissen vermitteln, sondern auch die Bedingungen gesellschaftlicher Teilhabe verändern.

Theorien wie (Post-)Migrationsgesellschaft oder Intersektionalität ermöglichen eine machtkritische Reflexion von Ausschlüssen, aber auch produktive Perspektiven auf Zugehörigkeit, Teilhabe und demokratische Gestaltung. Politische Bildung kann – wenn sie sich selbstkritisch und inklusiv weiterentwickelt – ein Raum der Ermächtigung und Solidarität sein. Sie muss jedoch bereit sein, sich selbst zu transformieren: institutionell, methodisch und personell.

Politische Bildung in der (Post-)Migrationsgesellschaft erfordert Reformen auf struktureller und konzeptioneller Ebene. Dies umfasst die gezielte Förderung von Diversität innerhalb von Personal und Programmen sowie die kritische Reflexion der Geldgeberlogiken öffentlicher Programme. Eine machtkritische Evaluation der bestehenden Praxis und Programme könnte schlüssige Hinweise auf Entwicklungsbedarfe geben.

Politische Bildung in der (Post-)Migrationsgesellschaft ist damit keine Sonderaufgabe, sondern eine zentrale demokratische Aufgabe. Sie erfordert strukturellen Mut, langfristige Visionen – und die Bereitschaft, auch die eigenen Praxisweisen kritisch zu hinterfragen

Zum Projekt „Vielfalt gestalten: Fachforen Politische Bildung und Demokratieförderung“

Die *Transferstelle politische Bildung* führte vom 01.12.2022 bis 30.04.2025 das Projekt „Vielfalt gestalten: Fachforen Politische Bildung und Demokratieförderung“ durch, gefördert durch die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb. Ausgangspunkt des Projekts war die Erkenntnis, dass die Praxis nonformaler politischer Bildung zunehmend divers ist, gleichzeitig aber Diskursräume fehlen, in denen Perspektiven aus unterschiedlichen Praxisfeldern, auf der Grundlage unterschiedlicher Konzepte und Wissenschaftsbezüge, von sogenannten etablierteren und neueren Akteur*innen ausgetauscht werden können, um Unterschiede, vor allem aber Gemeinsamkeiten und Schnittstellen zu identifizieren. Das Projekt bot einen solchen Austausch in Form von Fachforen, die ausgewiesene Expert*innen aus Wissenschaft, Verwaltung und Praxis um einen Tisch versammelten. Sie diskutierten zu ausgewählten aktuellen Fragestellungen, die verschiedene Praxisfelder politischer Bildung und Demokratieförderung betreffen.

Zitierte Literatur

Eine erweiterte Literaturliste zum Thema kann gesondert heruntergeladen werden:

<https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/vielfalt-gestalten>

Achour, Souzan / Wagner, Sandra. (2020): *Ungleicher Zugang zur politischen Bildung: „Wer hat, dem wird gegeben“*. DDS – Die Deutsche Schule, 112(2), 143-158

Antidiskriminierungsstelle des Bundes (Hrsg.) (2015): *Diversity Mainstreaming für Verwaltungen. Schritt für Schritt zu mehr Diversity in öffentlichen Institutionen*, online: https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Diversity_Mainstreaming/leitfaden_diversity_mainstreaming_fuer_verwaltungen_20140527.pdf?__blob=publicationFile&v=6 (abgerufen am 11.07.2025)

Biesler, Jörg (2023): *Die Entdeckung des Ich. Wie Identität und Identitätspolitik entstanden sind*. Deutschlandfunk, 24.06.2023, online: <https://www.deutschlandfunk.de/identitaet-identitaetspolitik-begriff-geschichte-gegenwart-100.html> (abgerufen am 11.07.2025)

Chehata, Yasmine / Dib, Jinan / Harrach-Lasfaghi, Asmae / Himmen, Thivitha / Sinoplu, Ahmet / Wenzler, Nils (2023): *Empowerment, Resilienz und Powersharing in der Migrationsgesellschaft: Theorien – Praktiken – Akteur*innen*. Weinheim & Basel, online: https://www.beltz.de/fachmedien/sozialpaedagogik_soziale_arbeit/produkte/details/49893-empowerment-resilienz-und-powersharing-in-der-migrationsgesellschaft.html (abgerufen am 08.07.2025)

El-Mafaalani, Aladin (2018): *Das Integrationsparadox: Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt*. Köln

Fereidooni, Karim (2021): *Peripherie und Zentrum. Wer darf (nicht) sprechen und warum?* In: Bonfig, Anja / Scaramuzza, Elias (Hrsg.): *Heterogenität in der politischen Bildung*. Frankfurt/M., S. 20-40

Eis, Andreas (2016): Vom Beutelsbacher Konsens zur „Frankfurter Erklärung: Für eine kritisch-emanzipatorische Politische Bildung“. In: Widmaier, Benedikt / Zorn, Peter (Hrsg.) Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens? Eine Debatte der politischen Bildung. Schriftenreihe Bundeszentrale politische Bildung/bpb (Bd. 1793), Bonn, S. 131-139, online: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/1793_Beutelsbacher_Konsens_ba.pdf (abgerufen am 22.07.2025)

Foroutan, Naika (2019): Die postmigrantische Gesellschaft: Ein Versprechen der pluralen Demokratie. Bielefeld

Frech, Siegfried / Geyer, Robby / Oberle, Monika (Hrsg.) (2023): Kontroversität in der politischen Bildung. Frankfurt/M.

Füllekruss, David / Mecheril, Paul (2021): Politische Bildung in der Migrationsgesellschaft – demokratische Paradoxien und rassismuskritische Perspektiven. Swiss Journal of Educational Research, 43(2), 222-232

Gill, Thomas / Stapf-Finé, Heinz, / Wallentin, Annette (Hrsg.). (2025): Handbuch aufsuchende politische Bildung (1. Aufl.). Frankfurt/M.

Girnus, Luisa (2024): Zur Bedeutung von Sprache und Sprachbildung im Politikunterricht vor dem Hintergrund der International Civic and Citizenship Education Study 2022. Politisches Lernen, 42 (3/4), 26-29

Hafeneger, Benno (2019): Politische Bildung in Krisenzeiten – im Spannungsfeld von Feuerwehr, Prävention, Aufklärung und Kritik. In: deutsche jugend. 67. Jg., H. 2, S. 55-63

Harion, Dominic / Morys, Nancy / Lenz, Thomas (Hrsg.) (2023): Diversität und Demokratie: Gesellschaftliche Vielfalt und die Zukunft der sprachlichen und politischen Bildung (1. Aufl.). Frankfurt/M.

Huke, Nikolai (2019): Teilhabe trotz staatlicher Ausgrenzungspolitik, Forschungsjournal Soziale Bewegungen(3), 32:394-407

IDA (o.J.): Glossar. Online: <https://www.idaev.de/researchetools/glossar> (abgerufen am 11.07.2025)

Jantschek, Ole (2019): Geschützte Räume, kontroverse Räume. Politische Bildung in einer Gesellschaft der Diversität. In: Journal für politische Bildung. 9. Jg., H. 3, S. 34-38

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (2025): Identitätspolitik – Eine gesplante Gesellschaft? Online: <https://www.kas.de/de/web/geschichtsbewusst/identitaetspolitik> (abgerufen am 11.07.2025)

König, Eileen (2022): Othering, Grundbegriffe der Politischen Bildung, hrsg. vom Bundesausschuss politische Bildung (bap), online: <https://profession-politischebildung.de/grundlagen/grundbegriffe/othering/> (abgerufen am 11.07.2025)

König, Eileen (2022): Powersharing, Grundbegriffe der Politischen Bildung, hrsg. vom Bundesausschuss politische Bildung (bap), online: <https://profession-politischebildung.de/grundlagen/grundbegriffe/powersharing/> (abgerufen am 11.07.2025)

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (2025): Dossier Diversity und Gender Mainstreaming. Für eine vielfältige Gesellschaft, online: <https://www.lpb-bw.de/diversity> (abgerufen am 11.07.2025)

Lötscher, Alexander / Schneider, Claudia. (2013): Fachdidaktische Modelle der politischen Bildung. BZL – Beiträge zur Lehrerinnen- und Lehrerbildung, 31(1), 107-111

Menke, Barbara / Riekmann, Wibke (Hrsg.) (2017): Politische Grundbildung: Inhalte – Zielgruppen – Herausforderungen. Schwalbach/Ts.

Messerschmidt, Astrid (2009): Rassismusanalyse in einer postnationalsozialistischen Gesellschaft. In: Melter, Claus / Mecheril, Paul (Hrsg.): Rassismuskritik Band 1. Rassismustheorie und -forschung. Frankfurt a.M., S. 59-74

Niang, Alioune (2022): Intersektionalität, Grundbegriffe der Politischen Bildung, hrsg. vom Bundesausschuss politische Bildung (bap), online: <https://profession-politischebildung.de/grundlagen/grundbegriffe/intersektionalitaet/> (abgerufen am 11.07.2025)

Reinemann, Carsten / Fawzi, Nayla / Obermaier, Magdalena (2017): Die „Vertrauenskrise“ der Medien – Fakt oder Fiktion? Zu Entwicklung, Stand und Ursachen des Medienvertrauens in Deutschland. In Lilienthal, Volker / Neverla, Irene (Hrsg.): „Lügenpresse“. Anatomie eines politischen Kampfbegriffs. Köln, S. 77-94

Scheller, Jörg (2022): Potenziale und Grenzen der Identitätspolitik, Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, online: <https://www.bpb.de/themen/rassismus-diskriminierung/rassismus/515930/potenziale-und-grenzen-der-identitaetspolitik/> (abgerufen am 11.07.2025)

Schenk, Liane / Molzberger, Kaspar / Peppler, Lisa / Beck, Patricia / Schouler Ocak, Meryam. (2022): Organisationaler Wandel durch Migration. Forum, 37(4), 280-284

Terkessidis, Mark (2018): Interkultur. 8. Aufl. Berlin

Transfer für Bildung (2016): Wenig erreichte Zielgruppen der politischen Bildung – Forschung zu Zugangsmöglichkeiten, online: <https://transfer-politische-bildung.de/transfmaterial/veroeffentlichungen/mitteilung/artikel/jahresbroschuere-2016-wenig-erreichte-zielgruppen-der-politischen-bildung-forschung-zu-zugangsmoegl/> (abgerufen am 11.07.2025)

Zick, Andreas / Küpper, Beate / Mokros, Nico (2023): Die distanzierte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn

Impressum

Transferstelle politische Bildung
c/o Transfer für Bildung e.V.
Rellinghauser Straße 181
45136 Essen

Telefon: 0201 85791454-0

E-Mail: info@transferfuerbildung.de

Internet: <https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/vielfalt-gestalten/>

LinkedIn: <https://www.linkedin.com/company/transferfuerbildung>

Facebook: <https://www.facebook.com/transferfuerbildung>

YouTube: <https://www.youtube.com/@TransferfuerBildung>

Das Papier ist im Rahmen des Projekts „Vielfalt gestalten: Fachforen politische Bildung und Demokratieförderung“ der Transferstelle politische Bildung / Transfer für Bildung e.V. entstanden.

Hrsg.: Transfer für Bildung e.V.
Essen, 2025

Ein Projekt von:

**Vielfalt
gestalten**
Fachforen Politische Bildung
und Demokratieförderung

**TRANSFER
FÜR
BILDUNG**

Gefördert
durch die
 **bpb**
Bundeszentrale für
politische Bildung